

Straßenausbaubeitrag

42. Sitzung des AGH - 19. Februar

Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Otto.

Andreas Otto (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat so: Zum wiederholten Mal müssen wir uns in dieser Legislaturperiode mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz befassen.

[Mario Czaja (CDU): Straßenraubbbeihilfegesetz!]

Es interessiert nicht viele – auch die Senatorin ist abgetaucht. Das wiederum finde ich schlecht.

[Christian Gaebler (SPD): Die Senatorin sitzt da hinten!]

Der Kollege Hillenberg hat uns gerade erläutert, was er von den Anträgen hält und dass er das alles ohne Lesen der Drucksachen machen kann. Jetzt haben Sie aber auch unterschlagen, lieber Kollege Hillenberg, dass die SPD und die Linken einen Änderungsantrag eingebracht haben, der das alles noch verschlimmbessert, was die CDU uns angetragen hat.

Sie haben aufgeschrieben, der Senat solle endlich Ausführungsvorschriften erlassen. Dazu muss man wissen, dass in dem Gesetz welche vorgesehen sind. Dazu muss man wissen, dass der Senat im vergangenen Jahr bereits einen Entwurf fertig hatte. Dann hat er ihn offensichtlich selbst nicht mehr für tragfähig gehalten und hat ihn zurückgezogen. Jetzt müssen also 2009 die SPD-Fraktion und die Linksfraktion kommen und dem Senat sagen: Bitte mache endlich deine Arbeit und erlasse eine Ausführungsvorschrift! – Das ist symptomatisch dafür, dass der Senat – nicht nur bei diesem, sondern auch bei anderen Themen – von selbst überhaupt nicht mehr tätig ist, nicht handlungsfähig ist und dass er auf die Anregungen der Koalitionsfraktionen wartet, diese dann aber auch nicht immer befolgt. So viel zum Stichwort Ausführungsvorschriften.

[Beifall bei den Grünen]

Dann haben Sie in den in Rede stehenden Antrag hinein geschrieben, dass Sie verschiedene Fragen beantwortet haben wollen. Interessanterweise haben Sie aber herausgestrichen, dass der Senat – –

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Entschuldigen Sie! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hillenberg?

Andreas Otto (Grüne):

Gern!

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Bitte schön!

Ralf Hillenberg (SPD):

Kollege Otto! Ich habe nur eine Frage: Was hat Ihr Redebeitrag mit dem CDU-Antrag „Abzocke“ zu tun?

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Bitte sehr, Herr Kollege Otto!

Andreas Otto (Grüne):

Ich erkläre Ihnen das gern, Herr Kollege Hillenberg! Dieser steht auf der Tagesordnung, und Sie haben dazu einen Änderungsantrag im Ausschuss eingebracht, der auf dem Tisch liegt. Das ist die Drucksache 16/2083. Wenn Sie sie heraussuchen, können Sie dies sicher persönlich überprüfen.

[Beifall von Benedikt Lux (Grüne)]

Das heißt, Sie haben verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Bei der einen ging es um die Ausführungsvorschriften. Was Sie aber gestrichen haben, und dies war der einzige Gehalt an dem CDU-Antrag, mit dem wir uns hätten anfreunden können, ist der Passus, der Senat möge einen Erfahrungsbericht vorlegen und mitteilen, was die zweieinhalb, drei Jahre Anwendung des Gesetzes bisher erbracht haben. Genau das hat die Koalition herausgestrichen. Das wollen Sie nicht wissen. Ich vermute deshalb, weil der Senat uns nichts berichten kann. Das ist das Problem, und deshalb haben Sie den Passus gestrichen.

[Beifall von Peter Trapp (CDU)]

Kurzum: Wir haben das im Ausschuss diskutiert. Wir haben im September eine Anhörung durchgeführt. Diese hat erbracht:

[Mario Czaja (CDU): Bürgerunmut!]

Es gibt verschiedene Probleme, im Großen und Ganzen muss man aber nach diesem Gesetz erst einmal arbeiten. Das ist es, was die Fraktion der Bündnis-Grünen auch in den letzten Jahren vertreten hat und was immer noch gilt. Nach diesem Gesetz muss gearbeitet werden, und es müssen die Probleme, die bisher aufgetaucht sind, gelöst werden. Hier lassen wir den Senat auch nicht aus der Pflicht.

Ich nenne ein Beispiel: Wenn in einem Bezirk die BVV oder das Bezirksamt sagt, im Rahmen der Anliegerbeteiligung hat sich ergeben, dass die Anlieger keine Fahrbahn, sondern nur einen Fußweg haben wollen – ich übertreibe das Beispiel ein wenig. Was passiert dann eigentlich? Wird das dann nicht gebaut? Widerspricht das verschiedenen Vorschriften, die man beim Anlegen von Fahrbahnen und Straßeneinrichtungen beachten muss und wie verfährt man dann? – Vom Senat: Schweigen. Eine andere Frage: Wie ist das mit den Wasserbetrieben? Ist endgültig geklärt, wer wann baut und wer wann welche Kosten wem in Rechnung stellt? – Vom Senat: Schweigen. Dritte Frage: Was ist mit GA-getragenen Maßnahmen – GA-Mittel-Finanzierung zu einem hohen Anteil? Wir fragen den Senat: Wie wird das verrechnet? Wofür sind die Bürger zuständig, wofür nicht? Wo können sie herangezogen werden? – Vom Senat: Schweigen. Das sind nur drei Beispiele von Fragen, bei denen wir vom Senat Antworten brauchen. Die Koalition interessieren diese Fragen und Antworten nicht, weswegen Sie sie hier leider nicht

im Text aufgeführt sind. Aus diesem Grund können wir auch Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Ich komme zum Schluss und will dabei betonen: Wir sind dafür, dass diese Beiträge erhoben werden. Wir sind dafür, dass das durchgeführt wird. Es gibt in den Bezirken auch positive Beispiele. Ich will noch einmal Pankow nennen, als Bezirk, der hierbei sehr aktiv ist, der das macht. Deswegen stehen wir zu der Beitragserhebung, aber wir haben Kritik am Verfahren, und da erwarten wir vom Senat ganz klar Besserung.
– Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]